

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 170 (2004)

Heft: 11

Artikel: Beschleunigte Liquidierung der schweizerischen Verteidigung?

Autor: Brunner, Dominique

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-69306>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Beschleunigte Liquidierung der schweizerischen Verteidigung?

Gleichgültigkeit weiter Teile der politischen Klasse als Symptom der Dekadenz

Wer viel schreibt und fast ebenso oft berühmte Geister zitiert, läuft in der Tat Gefahr, sich zu wiederholen. Ich bekenne, dass ich das gelassen in Kauf nehme. Alles Gescheite – damit sind die zitierten Autoritäten gemeint – verdient es, wiederholt zu werden, ganz abgesehen davon, dass unsere Zeit für das Memorieren nicht eben günstig ist. Und die Feststellung von Henry Kissinger, mit der ich einen Beitrag in dem von Albert Stahel 1994 herausgegebenen Buch «Armee 95 – Chance für die Milizarmee?» einleitete, hat nichts von ihrem Wert und ihrer Aktualität eingebüsst: «Im Verlauf der Geschichte hat der politische Einfluss der Nationen etwa ihrer militärischen Stärke entsprochen» (White House Years).

Dominique Brunner

Politischer Einfluss und militärische Stärke

Die Richtigkeit dieser Aussage ist durch die Geschichte belegt, die grosse und auch unsere eigene. Zwar gab es immer Fälle, die sich dieser Gesetzmässigkeit entzogen – oder zu entziehen schienen. Das gilt für Staaten, die unter dem ausgesprochenen oder stillschweigenden Schutz einzelner Mächte standen, weil zum Beispiel ihre Besetzung oder Angliederung durch dritte Mächte gewichtige Interessen der Schutz gewährenden Macht verletzt hätte. Ein Paradebeispiel war Belgien, 1830 durch Abfall von den Niederlanden geschaffen, dessen Neutralität durch britische Vermittlung von den Mächten garantiert wurde. Mit dem Überschreiten der belgischen Grenze durch die deutsche Armee am 4. August 1914 schwand in England jede Hemmung, in den Krieg an der Seite Frankreichs einzugreifen. Der törichte Ausspruch des Kanzlers Bethmann-Hollweg gegenüber dem britischen Botschafter vom «Fetzen Papier», gemeint war die Neutralität Belgiens, illustrierte die deutsche Leichtfertigkeit. Also, lautet die allgemeine Folgerung, dass

Staaten, denen es an eigener militärischer Stärke fehlt, den Nachteil der eigenen Schwäche sozusagen «par personnes interposées» wettmachen können, wenn sie wohlwollende Protektoren finden. Und diese «Freunde» müssen ihre Haltung rational begründen können mit direkten oder indirekten Interessen, die ihre Parteinahme erklären.

Auch der junge schweizerische Bundesstaat hat nach seiner Gründung vom Wohlwollen Grossbritanniens in der Auseinandersetzung mit erzkonservativen europäischen Kontinentalmächten profitiert, zu einer Zeit, als die patriotische Begeisterung die realen militärischen Möglichkeiten der Schweiz klar überstieg. Interessant ist das positive Urteil eines echten französischen Fachmannes, des militärischen Lehrmeisters der Revolution von 1789, bewährten Organisations, Kriegs- und Innenministers unter Napoleon, Lazare Carnot, über die alte Eidgenossenschaft. In einer Weisung an den Oberbefehlshaber der Rheinarmee schrieb er am 30. März 1794: «Les frontières des Suisses sont dans ton arrondissement; nous te recommandons très spécialement à leur égard d'écartier tout ce qui pourrait leur donner de justes sujets d'inquiétude... Il faut te concerter avec les représentants du peuple pour réprimer par les mesures les plus sévères les malveillants qui cherchent à nous faire un ennemi de ce peuple loyal.» Offensichtlich haben diese «Böswilligen» später – 1798 – wohl auf Grund einer von keiner Sympathie getrüben Beurteilung der Lage der Eidgenossenschaft die Oberhand gewonnen...

Die Geschicke des namentlich auf Betreiben der Sowjetunion neutral gewordenen Österreich vor dem Umbruch im Osten 1989/91 geben ein weiteres Beispiel ab, wie kraft der geostrategischen Lage ein offensichtlich ungenügend gerüstetes Land – wofür die Sowjets selber gesorgt hatten mit dem Verbot der Verwendung von Lenk- waffen, auch solchen defensiver Art – un-

geschoren davonkommen kann. Österreich kam nicht nur die atomare Abschreckung zustatten, die aus ihr resultierende «atmosphère de prudence essentiellement stabilisatrice» (Beaufre), die Europa vier Jahrzehnte Abwesenheit von Krieg verschafft hat, sondern auch die implizierte NATO-Garantie.

Zunehmende Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität im Kalten Krieg

Die Schweiz hat im zwanzigsten Jahrhundert im Verlauf der Zeit den Kissinger'schen Satz bestätigt, indem sie der «bewaffneten Neutralität» zunehmend Glaubwürdigkeit durch militärische Stärke verlieh. Der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister Dr. James Schlesinger hat mir 1981 gesagt, während er im Amt gewesen sei – 1973 bis 1975 – habe die schweizerische Verteidigungsfähigkeit keinen Anlass zu Zweifeln gegeben, und dieses Urteil ist nicht einmalig. Sieht man von den schweizerischen Dispositionen in der Phase der Umzingelung durch die Achsenmächte 40 bis 44 ab, die das Maximum an Dissuasion durch Konzentration der Kräfte im Gebirgsraum erzielten und sich, was immer Nörgler und Besserwisser behaupten, bewährten, erreichte das Verteidigungspotenzial des Landes seinen relativ höchsten Wert im «Kalten Krieg», von der Mitte der 60er-Jahre bis nach 1990. Dann setzte der Abbau dieser Verteidigungsfähigkeit mit der unseligen «Armee 95» ein – eklatanterweise in Ausbildung und Motivation, schleichend dann hinsichtlich der Rüstung –, um in den letzten Jahren den Eindruck einer sich beschleunigenden Liquidierung in Raten dieser Verteidigung hervorzurufen. Ein paar klarsichtige Zeitgenossen haben über Jahre vor dieser Entwicklung gewarnt.

Unter Verständigen erübrigt es sich, zu unterstreichen, dass angesichts des Rückzugs der Hegemonialmacht Sowjetunion aus ihrem osteuropäischen Glacis ab 1989, dann der Auflösung dieser Macht 1991 und des ungefähr gleichzeitigen Zustandekommens von weit tragenden Rüstungsbegrenzungsabkommen zwischen West und Ost eine Anpassung der militärischen Bereitschaft und eo ipso der diesbezüglichen Anwendungen gerechtfertigt waren. Westeuropäer und Amerikaner haben entsprechend gehandelt. Die Schweiz natürlich auch.

Ungleiche Entwicklung der Militärausgaben

«Die Landesverteidigung ist der Aufgabenbereich, welcher in den vergangenen Jahren am meisten schrumpfte: von 19,1

Gelesen

in der Handelszeitung vom 28. August 2004 unter dem Titel «Machiavelli des Kleinstaates» von Roger Köppel, Chefredaktor «Die Welt»:

«Die Schweiz existiert seit 700 Jahren. Die EU sucht seit 60 Jahren ihre Form. Ein erfolgreiches, wetterfestes Modell steht gegen ein kopfgeborenes Konstrukt, von dem niemand weiss, wohin es sich entwickelt.» G.

Gelesen

im CASH vom 7. Oktober 2004 unter dem Titel LEUTE «5 Uhr morgens Appell beim Chef»:

«Die besten Mitarbeitergespräche führt der Zofinger Bauunternehmer Heinz Aeschlimann nach Mitternacht oder morgens um 5 Uhr. 90% des Kadern haben die Offizierschule absolviert.

Aeschlimann: «Ich vertraue vorwiegend auf Kaderleute, die im Militär zu führen gelernt haben».

G.

Prozent im Jahr 1990 bildete sich der Anteil im vergangenen Jahr auf 9,4 Prozent zurück» (EFD «Bundesfinanzen in Kürze. Rechnung 2002»). Aber im Unterschied zu vielen Staaten wurde der Kurs nicht korrigiert, als neue/alte Gefahren sich abzeichneten oder zur handfesten Bedrohung wurden. Entgegen einer verbreiteten Auffassung leiteten die USA eine merkliche Erhöhung der militärischen Investitionen nicht erst unter dem Eindruck des Überfalls vom 11. September 2001 ein. Präsident Clinton kündigte einen solchen Schritt Anfang 1999 an, Steigerung der Militärausgaben um 100 Milliarden in den folgenden sechs Jahren. Auch europäische Staaten besannen sich eines Besseren, im Lichte verfliegener Illusionen, die man nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem ersten Irak-Krieg zur Befreiung von Kuwait vielerorts gehegt hatte, und angesichts des Balkankrieges, des ersten ernstesten Waffenganges in Europa seit der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Doch nicht die Schweiz. Eigentlich sollte es genügen, den Anteil der schweizerischen Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt aufzuführen – eingedenk dessen, dass die Ausgaben des Bundes nicht der Summe der geldwerten militärischen Anstrengungen der Schweiz entsprechen, Folge der allgemeinen Wehrpflicht, genauer der Milizorganisation. Der Anteil am BIP ist von 1,57 Prozent 1990 auf weniger als ein Prozent im laufenden Jahr zurückgegangen. In Realwert sind die schweizerischen Wehraufwendungen zwischen 1990 und 1998 um 28 Prozent gesunken, die Rüstungsausgaben um 38 Prozent. Mit den Beschlüssen des famosen «runden Tisches», als Rechte und Linke sich de facto Anfang 1998 darauf einigten, die Militärkasse zu plündern, um ihre respektiven «chasses gardées» möglichst heil durchzubringen, wurden der Verteidigung weitere 1,146 Milliarden bis 2001 weggenommen, die zuvor vorgesehen worden waren. Beim Stand 2001 hatte die Verteidigung in elf Jahren volle zwei Jahresbudgets eingespart.

Angesichts von Kritik namentlich aus den Milizorganisationen beeilten sich Bundesräte im Gefolge des «runden Tisches» Villigers, beschwichtigend in Aussicht zu stellen, dass die Verteidigung bald wieder auf stabile Verhältnisse werde zählen können. Im Jahre 2000 diskutierte der Bundesrat die der Verteidigung zuzubilligenden

finanziellen Mittel, ohne sich festzulegen. Zu jener Zeit konnte man sich auf Grund vor allem eines welschen Blattes genau über den Verlauf von Bundsratsitzungen orientieren, Manipulationen, die aus der unmittelbaren Umgebung von eidgenössischen Departementen stammten, wo man partout die Militärausgaben weiter drosseln wollte. Aus denselben Ecken sickerten in Ringiers Sonntagspostille 2002 haarsträubende Anregungen, wonach man getrost die Rüstungsausgaben auf ein Minimum hinunterdrücken dürfe, wobei man im Bedarfsfall die eingesparten Mittel wieder zur Verfügung stellen würde. Ich geisselte im Sommer 2002 diese – wohl inspirierten – Intrigen mit folgenden Worten: «Dass die Beschaffung komplexer militärischer Systeme von der Definition bis zur Einführung Jahre, fünf und mehr, dauert, ist diesen selbst ernannten Planern offensichtlich unbekannt. Vor dem hier rekapitulierten Hintergrund erscheinen all diese Manöver als schlicht verantwortungslos» (NZZ, 28. Mai 2002, Fragwürdiges Hüst und Hott beim Militärbudget).

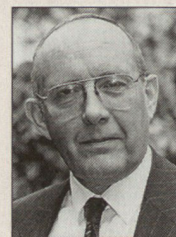
Villigers Warnung 1994

Aber zuvor war die Diskussion über den Plafond der Militärausgaben im Bundesrat zu Ende geführt worden. Am 2. Mai 2001 einigte man sich auf 4,3 Milliarden pro Jahr, was den Schreibenden in der ASMZ 6/01 zu einem – vorschnellen – Lob veranlasste («Finanzierung der Armee: erfreulich standfester Bundesrat»). Kurz danach bezifferte der Chef des Verteidigungsdepartements den Investitionsbedarf der neuen Armee, Armee XXI, über mehrere Jahre auf rund zwei Milliarden jährlich. Das machte geringen Eindruck auf Finanzminister Villiger, der zunächst eine Reduktion der Mittel des VBS im Voranschlag 2002 um 200 Millionen, dann mit Blick auf die folgenden Jahre um über 1 Milliarde durchsetzte. Derselbe, der noch als EMD-Vorsteher 1994 richtigerweise den Finger auf den wunden Punkt gelegt hatte: «Das EMD hat denn auch als einziges Departement den Trendbruch vom Wachstum in die Degression vollzogen. Die Militärausgaben verzeichnen im Zeitraum 1990 bis 1994 einen Rückgang von über 14%, die Rüstungsausgaben sogar von gegen 25%. Gleichzeitig sind die kostenträchtigen zivilen Aufgabenbereiche der anderen Departemente weiterhin überdurchschnittlich gewachsen. Aufaddiert leistet das EMD einen jährlichen Kürzungsbeitrag in der Grössenordnung von mehr als einer Milliarde Franken. Die Bundesdefizite sind mittlerweile grösser als die gesamten Militärausgaben. Das heisst: Wenn man die Wachstumsraten nicht in den Griff bekommt, nützen Abstriche im stabilisierten

Bereich wie dem EMD auf die Dauer nichts». (In «Armee 95 – Chance für die Milizarmee?») Hört, hört, fällt einem dazu ein! Das Versagen der politischen Führung, damit ist nicht etwa nur der Bundesrat gemeint, sondern in eben solchem Masse das Parlament, namentlich die bürgerlichen Parteien, die sich sehr wohl der linken Zumutungen zu erwehren vermöchten, wenn sie standfest wären (das beweist der Ausgang von einem halben Dutzend Volksabstimmungen zu Armee und Sicherheitspolitik und zugunsten dieser in den letzten elf Jahren) ist evident. Denn seit dieses Verdikt Villigers ausgesprochen wurde, hat sich der Krebsgang der Militärausgaben regelmässig fortgesetzt, unbekümmert um das erläuterte, strategisch relevante Geschehen rechts und links.

Die Schweiz setzt ihre strategische Glaubwürdigkeit aufs Spiel

Nach Kissingers Kriterien, die gesicherte machtpolitische Erfahrung wiedergeben, ist die Schweiz dabei, den massgeblichen, mindestens nicht zu unterschätzenden Faktor des politischen Einflusses, die militärische Leistungsfähigkeit, sträflich zu vernachlässigen. Dass das bei vielen Verantwortlichen nicht vorsätzlich erfolgt, sondern aus geringer Eignung zum strategischen Denken, mangelndem Geschichtsinteresse oder unverwüstlichem Optimismus, es werde schon nichts schief gehen, man werde sich schon zu arrangieren wissen, ist anzunehmen, macht die Sache indessen nicht besser ... Die als Ausweg von manchen propagierte resolute Annäherung an die NATO übersieht die fundamentale Tatsache, dass in einem Verbund seine Interessen auf die Dauer nur wahrnimmt, wer selber einen namhaften Beitrag erbringt. Ich habe diese Binsenwahrheit vor der SIK des Ständerates am 13. Januar 2000 in einem Exposee zum Bericht über die Sicherheitspolitik geäussert, um das ich gebeten worden war (Wiedergabe in der Revue Militaire Suisse, 2/2000). Nur wer die elementare Wahrheit leugnet, «que l'avenir reste généralement imprévisible», wird sich vertrauensselig dem Glauben hingeben, wir würden schon Protektoren finden, wenn es darauf ankomme. Die Franzosen, die Deutschen, etwa? Das wäre sehr unseriös. ■



Dominique Brunner,
Oberst i Gst a D,
Publizist,
ehemaliger Kdt Inf
Rgt 22 und ehemaliger
Chef eines Armeestabteiles,
8700 Küsnacht.